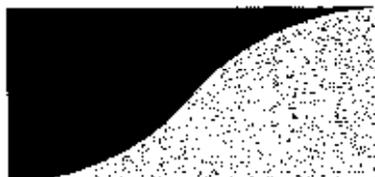


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Peter Reuschenbach MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft, kommentiert die Entwicklung der Gespräche über Wirtschaft und Beschäftigung: Mit großen Hoffnungen.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB fordert, die Bleiverseuchung endlich zu stoppen: Sträfliche Untätigkeit.

Seite 4

Günter Wirth MdL beschreibt, wie Bayern Verbesserungen für den Bürger blockiert: Schlicht unverständlich.

Seite 6

### Dokumentation

Hans-Jochen Vogels Grundsatzreferat in den USA: "Neue Gedanken einer neuen Generation."

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 216

11. November 1981

### Mit großen Hoffnungen

Zu den Gesprächen über Wirtschaft und Beschäftigung

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Aufforderung des DGB an alle Beteiligten, eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitsmarktprobleme vorzunehmen, trifft allseits auf Bereitschaft. Denn Sorgen und Befürchtungen sind auf allen Seiten beträchtlich.

Es ist ja wahr, daß die Finanzklemme der öffentlichen Härde ihre Ursache in der stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung und in zunehmender Arbeitslosigkeit hat. Es ist auch wahr, daß viele Branchen hierzulande unter stagnierender oder gar schwindender Nachfrage leiden. Deshalb ist das allseitige Interesse an der Überwindung der Krise geradezu selbstverständlich.

Nun ist es schon ein Wert an sich, daß augenblicklicher öffentlicher Streit über eine der kritischen Lage angemessene Politik in gemeinsame Gespräche einmündet. Daß dieses möglich ist, wird mit Erleichterung und auch mit Hoffnung registriert. Aber was, wenn Hoffnungen nicht erfüllt werden können?

Was immer auch in den bevorstehenden Gesprächen konkret verabredet würde, die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten bis weit ins nächste Jahr hinein steigen und hoch bleiben. Nichts, selbst wenn Maßnahmen sofort eingeleitet würden, könnte schnell genug wirken, um diese Entwicklung aufzuhalten. Die Last und der psychologische Druck wachsender und höherer Arbeitslosigkeit ist auf geraume Zeit hin unvermeidbar; es sei denn, das Wunder plötzlicher und beträchtlicher Zinssenkung träte ein. Aber Wunder dauern bekanntlich und leider etwas länger.



Was längerfristig nötig wäre, kann theoretisch leicht beschrieben werden: Die Unternehmen und die öffentlichen Hände müßten mehr investieren, als sie es tun. Aber praktisch ist das nur schwer realisierbar.

Für die Wirtschaft werden mit den unmittelbar bevorstehenden Parlamentsbeschlüssen notwendige Rahmenbedingungen für neue Aktivitäten geschaffen. Hierzu gehören Abschreibungsverbesserungen für den Wohnungsbau und die gewerbliche Wirtschaft, Zuschüsse zum Bau von Fernwärmenetzen und für heizenergiesparende Investitionen, Zinshilfen für die Werftindustrie und Zuschüsse für die Modernisierung der Stahlwirtschaft und verschiedenes andere mehr. Mit diesen Anstößen und Anreizen könnten zig-Milliarden Investitionen mobilisiert werden. Ob das gelingt, hängt jetzt nicht in erster Linie von der nationalen Politik ab, sondern von den Chancen, die Unternehmen am Markt haben - im Inland und im Ausland. Natürlich fragt mancher Unternehmer sich, ob es Sinn hat, seine Produktionskapazität auszuweiten, wenn die vorhandene unausgelastet ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß eher Rationalisierungs- als Erweiterungsinvestitionen getätigt werden, ist angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbsdruckes groß; arbeitsmarktpolitisch eher kontraproduktiv, aber kaum vermeidbar.

So richten sich viele Forderungen und Hoffnungen an die "öffentliche Hand" und deren steigenden finanziellen Beitrag zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitsmarktes. Alois Pfeiffer und Gerd Muhr haben in "Gewerkschaftliche Monatshefte", 10/81, zu Recht darauf hingewiesen, "daß der Bundeshaushalt im Gegensatz zu den Länder- und noch mehr zu den Gemeindehaushalten kein Investitionsnaushalt ist". Und sie fahren fort: "Deshalb kann die Bundesregierung auf diesem Gebiet auch nur Anstöße geben." Diese Feststellungen müssen bedacht werden, bevor allzu große Hoffnungen auf neue beschäftigungswirksame Maßnahmen geweckt werden. Die Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer hätten "die Rechnung ohne den Wirt" gemacht, würden die Länder bei ihrer derzeitigen Weigerung, sich an weiteren Mischfinanzierungsprogrammen zu beteiligen, bleiben (manche auch aus einsehbaren Haushaltsproblemen). Zwei Drittel der öffentlichen Investitionen erfolgen über die Gemeindehaushalte. Der Zwang, auch dort die Ausgabenausweitung einzuschränken, geht in erster Linie zu Lasten der Investitionen. Diese Einschränkungen könnten kein Investitionsprogramm des Bundes auch nur annähernd ausgleichen.

Welche überragende Bedeutung die problematische Bund-Länder-Mischfinanzierung hat, geht aus den "DCB-Forderungen zur Bekämpfung der Beschäftigungskrise" vom 3. März 1981 selbst hervor. Sieht man von der Forderung nach Zinssenkung, die Allgemeingut ist, sowie den Vorschlägen zur Energieeinsparung und rationaler Energieverwendung, die inzwischen auf den Weg gebracht oder ins Energieprogramm aufgenommen wurden, einmal ab, dann bleiben Vorschläge, die ohne Zustimmung und Mitfinanzierung der Länder nicht realisiert werden können. Das gilt für den Sektor Verkehr ebenso wie für die Verbesserung der Bildung und Berufsausbildung und auch für Maßnahmen der regionalen und örtlichen Entsorgung und Wasserwirtschaft.



Insbesondere der vom DGB sehr stark betonte Wohnungsbau ist das Paradebeispiel für unerläßliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern - wenn überhaupt oder mit richtiger Zielsetzung die Bautätigkeit noch stärker gefördert werden soll. Ohne Mitfinanzierung der Länder kann Bundesgeld nicht wirksam werden. Und ohne Verständigung mit den Ländern über den Schwerpunkt "Ballungsgebiete" ginge neues Geld in die falsche Richtung. Solche Übereinstimmung war bisher nicht zu erreichen.

Wie auch Pfeiffer und Muhr feststellen, ist der Spielraum des Bundes für eigene beschäftigungswirksame Ausgaben eng. Die Hoffnungen und Erwartungen, die mit den bevorstehenden Gesprächen verbunden und geweckt werden, dagegen groß. Die Gefahr enttäuschter Hoffnungen ist nicht zu übersehen.

Ohne Belebung des Welthandels, ohne weitere durchgreifende Änderungen unserer Energieversorgungsstrukturen, ohne Abbau des Leistungsbilanzdefizits und ohne Zinssenkung ist eine baldige und nachhaltige Gesundung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes nicht zu erreichen. Keine Volkswirtschaft kann sich derzeit durch nationale Entscheidungen wie weiland Münchhausen sozusagen "am eigenen Schopf aus dem Sumpf herausziehen".

Die SPD-Bundestagsfraktion muß und wird sich an der Bestandsaufnahme und den bevorstehenden Gesprächen beteiligen. An Vorschlägen, mehr Geld auszugeben, wird es nicht mangeln. Fundierte Vorschläge, solche Mehrausgaben zu finanzieren, sind rarer. So kommt man - falls die Hürde bisher fehlender Ländermitwirkung genommen werden kann - nicht daran vorbei, sich bald zwischen einer dauerhaft und deutlich höheren Verschuldung, einer noch stärkeren Einschränkung der konsumtiven zugunsten der investiven Ausgaben oder einer drastischen Kürzung der internationalen Zahlungsverpflichtungen (zum Beispiel EG-Finanzierung) zu entscheiden. Diese Alternativen müssen klar sein und entschieden werden, wenn die SPD-Bundestagsfraktion einen soliden Beitrag zur anstehenden Bestandsaufnahme leisten soll. (-/11.11.1981/ks/ca)

+ + +



### Sträfliche Untätigkeit

---

Die Bleiverseuchung muß endlich gestoppt werden

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Bereits 1972 kam es zu einem Skandal. In der Umgebung der Bleihütte Nordenham vollzog sich ein großes Rindersterben. Ursache: Bleivergiftung. 1974 entschloß sich die Preussag als Betreiberin der Bleihütte zum Einbau neuer Filter - im selben Jahr, in dem das Bundesimmissionsschutzgesetz in Kraft trat. Ein Fortschritt, gewiß. Er wird allerdings relativiert, wenn man weiß, daß mehr als 50 Prozent aller Bleistaubimmissionen im Einwirkungsbereich der Bleihütte aus sogenannten "diffusen Quellen" stammen. So nachzulesen in einem Gutachten des Landesverwaltungsamtes Hannover. Das heißt, daß der Bleistaub unkontrolliert aus der Produktion entweicht, über Dachreiter, undichte Fenster und Türen, oder daß er bei Trockenheit von den Plätzen und Lagerhalden des Werkes in die Umgebung verweht wird.

Diese Belastung trifft nicht nur die Landwirte in der Westermarsch, sondern auch die Siedler und Kleingärtner. Sie ist nicht länger tolerierbar. Nachdem der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Frühjahr 1981 mit der Fünften Änderung zur Futtermittelverordnung festgesetzt hat, daß Grünfütter von der Weide nicht mehr als 40 ppm Bleigehalt aufweisen darf, hat sich die Lage noch zugespitzt. Bei Überschreiten der Grenze wird ein Verfütterungsverbot ausgesprochen. Eine gesundheitspolitisch richtige und notwendige Maßnahme, denn Blei gehört wie Cadmium, Quecksilber und andere Schwermetalle zu den starken Umweltgiften, die die Blutbildung und das Nervensystem beeinträchtigen, Nierenschäden, Herzbeschwerden und andere Krankheitserscheinungen hervorrufen können.

Bereits im März/April des Jahres zeigte sich, daß an zahlreichen Tagen die Bleiimmissionen so hoch sind, daß das Weideland in der Umgebung der Hütte nicht mehr genutzt werden kann. Schon damals mußten also die Landwirte Einbußen in der Bewirtschaftung in Kauf nehmen. Seit 3. Oktober des Jahres sind nunmehr 400 Hektar Grünfläche für die Beweidung völlig gesperrt, weitere 1.400 Hektar dürfen nur noch mit Einschränkungen genutzt werden. Der Umkreis der geschädigten Weiden reicht bis zu vier beziehungsweise fünf Kilometer.

Die jetzt ergangene Verfügung bedeutet, daß die normale Weidezeit in der Wesermarsch um nicht weniger als ein Drittel verkürzt wird. Den Schaden haben die Landwirte, denn sie müssen entweder die noch nicht fertig gemästeten Rinder gegen Mindererlöse verkaufen oder Kraftfutter zufüttern. Das kostet pro Rind im Monat rund 150 DM! Zehn landwirtschaftliche Betriebe geraten damit in unmittelbare Existenznot, 50 weitere sind gefährdet. Daß diese Situation nicht länger hingenommen werden kann, liegt auf der Hand. Es muß daher festgestellt werden:

1. In der Umweltpolitik gilt das Verursacherprinzip. Das bedeutet, daß der Verursacher für entstandene Schäden aufzukommen hat. Verursacher der Bleibelastung in der Umgebung von Nordenham ist eindeutig die Preussag-Boliden-Blei-GmbH. Bis heute hat die Firma sich jedoch nicht bereit gefunden, den betroffenen Landwirten Schadenersatz



zu zahlen; ebenso wenig hat sie zusätzliche Anstrengungen unternommen, die Blei-emissionen weiter zu verringern und damit das Entstehen weiterer Schäden zu vermeiden.

2. Es ist unverständlich, warum das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg als zuständige Behörde bisher untätig geblieben ist, obwohl die bereits heute gültigen Emissionswerte für Blei zumindest zeitweise erheblich überschritten werden.
3. Es muß ferner die Frage gestellt werden, warum das verantwortliche Ministerium in Hannover, mit Minister Schipkoweit an der Spitze, keine wirksamen Schritte unternommen hat, um die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und der Technischen Anleitung (TA) Luft seit 1974 gültigen Normen durchzusetzen. Gesetze und Vorschriften sind eine Sache, ihre Durchführung in der Praxis eine andere; sie obliegt den Bundesländern.
4. In der anstehenden Neufassung der TA Luft werden erstmalig für Blei und andere Schwermetalle nicht nur Emissionswerte, sondern auch Immissionsgrenzwerte festgesetzt. Dabei muß dafür gesorgt werden, daß die zulässigen Grenzwerte so angesetzt werden, daß eine Schädigung von Mensch und Tier nicht eintreten kann.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß viele Stoffe, insbesondere auch die Schwermetalle, lange Zeit in der Umwelt verbleiben und sich im tierischen sowie menschlichen Körper anreichern, so daß schwere Gesundheitsschäden oft erst nach vielen Jahren auftreten.

Dem gilt es vorzubeugen. Technische Möglichkeiten zur Schadstoffreduzierung stehen heute zur Verfügung; die dringende Forderung lautet deshalb, sie auch einzusetzen. Die Gesundheit der Menschen geht als schützenswertes Gut allen anderen Interessen vor. Voraussetzung für die Gesundheit sind jedoch gesunde Nahrungsmittel. Im übrigen muß daran erinnert werden, daß die sozialen Folgekosten, die durch Erkrankungen und womöglich Frühinvalidität für die Gesundheit entstehen, weitaus höher sind als die Kosten, die eine vernünftige Vorsorge zum Schutz von Umwelt und Gesundheit erfordern würde.

(-/11.11.1981/vo-he/ca)



Schlicht unverständlich

CSU und Bayerische Staatsregierung sollen Verbesserungen für den Bürger nicht blockieren

Von Günter Wirth MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen  
und rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Die Bayerische Staatsregierung will wieder einmal - gemeinsam mit anderen unionsregierten Ländern - vor das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ziehen. Anlaß ist das vom Bundestag beschlossene und vom Bundespräsidenten ausgefertigte neue Staatshaftungsgesetz.

Mit diesem neuen Gesetz wird der rechtliche und wirtschaftliche Schutz des Bürgers vor den Folgen rechtswidrig ausgeübter Staatsgewalt entscheidend verbessert. Es ist schlicht unverständlich, daß CSU und Staatsregierung nunmehr aus hauptsächlich formalen, nämlich kompetenzrechtlichen Gründen Verbesserungen für den Bürger blockieren wollen. Die Staatsregierung muß sich die Frage gefallen lassen, wie sie es denn mit ihrer angeblichen Bürgerfreundlichkeit hält. Daß das neue Staatshaftungsgesetz den Bürger besser stellt, hat selbst die Unionsopposition im Bundestag nicht bestritten, im Gegenteil: Folgende Verbesserungen wurden ausdrücklich anerkannt:

- In Zukunft hat nicht mehr der geschädigte Bürger dem Staat nachzuweisen, daß die erforderliche Sorgfalt außer Acht blieb. Vielmehr muß sich durch die Beweislastumkehr im neuen Gesetz der Staat entlasten und seinerseits beweisen, daß er die gebotene Sorgfalt beachtet hat.
- Der Staat haftet künftig auch für das Versagen technischer Einrichtungen, derer er sich bedient, zum Beispiel von Verkehrsampeln oder EDV-Anlagen.
- Es erfolgt eine für den Bürger verständliche und seinem Rechtsschutz förderliche Haftungsabgrenzung zum Privatrecht.

Von diesen - seitens der Bundestagsopposition anerkannten - Vorteilen für den Bürger will anscheinend die Bayerische Staatsregierung jetzt nichts mehr wissen. Dabei bringt das neue Staatshaftungsgesetz durchaus weitere Verbesserungen für alle die, die von Folgen rechtswidrig ausgeübter Staatsgewalt betroffen sind:

- Die Neuregelung sieht eine ausschließliche Staatshaftung vor und scheidet die persönliche Außenhaftung des einzelnen Staatsbediensteten aus.
- Der Staat haftet unmittelbar und erstrangig. Er kann den geschädigten Bürger nicht mehr auf eine anderweitige Ersatzmöglichkeit, zum Beispiel Schadensersatzansprüche gegen Dritte verweisen.
- Ein Schaden ist nicht mehr nur in Geld auszugleichen. Geldersatz und Folgenbeseitigung stehen künftig gleichrangig nebeneinander. Dies erspart dem Bürger den Weg vor ein zweites Gericht.

All dies scheint die Staatsregierung kalt zu lassen. Die Durchsetzung ihres partout-Standpunkts ist ihr offensichtlich wichtiger als greifbare Vorteile für den einzelnen Bürger. Das kann nur den nicht mehr verwundern, der bisher schon der angeblichen Bürgerfreundlichkeit der CSU-Staatsregierung mißtraut hat. Mit ihrem jetzigen Vorgehen liefern Franz Josef Strauß und die CSU den Beweis: Wohiklingende Worte fallen ihnen allemal leichter als entschlossene Taten. Wenn schon das Blockadeinstrument "Bundesratsmehrheit" nicht greift, muß es der Gang nach Karlsruhe sein. Die Interessen des Bürgers bleiben ausgespart. Leider. Die SPD-Landtagsfraktion meint: Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts in diesem Falle ist überflüssig: Sie schadet nur dem Bürger, der zu Recht eine Verbesserung der Staatshaftung erwartet.

Im Übrigen: Auch das Argument, die auf Bund, Länder und Gemeinden zukommenden finanziellen Lasten seien nicht tragbar, zeigt nur das widersprüchliche und unglauwbwürdige Verhalten der Unionsparteien. Gerade sie waren es, die im Bundestag Regelungen gefordert haben, die eine wesentlich stärkere finanzielle Belastung für alle staatlichen Ebenen bedeutet hätten. Aber auch das kennt man ja zur Genüge: Zuerst mehr verlangen, dann über die finanziellen Folgen des wenigeren jammern. Das ist die "seriöse" Unionspolitik.

## D O K U M E N T A T I O N

Hans-Jochen Vogel, Mitglied des Präsidiums der SPD, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, hat auf Vortragsveranstaltungen in New York, Chicago und San Francisco unter anderem beim American Council of Germany ein Grundsatzreferat gehalten, das wir auszugsweise dokumentieren.

## "Neue Gedanken einer Neuen Generation"

Die äußeren Anlässe des Jugendprotestes in Europa sind mannigfaltig. In Berlin oder in Amsterdam richtet sich der Protest dagegen, das Zehntausende von Wohnungen leerstehen, während finanziell schwache Interessenten vergeblich preisgünstige Wohnungen suchen. In Zürich entzündet sich der Protest immer wieder an der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum. In englischen Städten erwuchs die Konfrontation in diesem Sommer aus der Arbeitslosigkeit junger Menschen, und zwar insbesondere farbiger Jugendlicher. Andere protestierten in der Bundesrepublik - aber nicht nur dort - gegen neue Kernkraftwerke oder gegen den Ausbau von Flughäfen. Und Hunderttausende wenden sich gegen den weiteren Rüstungswettlauf; zuletzt eine Viertelmillion wiederum überwiegend junger Menschen Mitte Oktober bei einer Demonstration in Bonn.

Der Protest äußert sich in unterschiedlichen Formen. In großen Demonstrationen, in der gewaltlosen Besetzung von leerstehenden Häusern oder von Baustellen. Aber vereinzelt auch in Gewalttätigkeiten gegenüber der Polizei und in der Zerstörung von Schaufenstern und Automobilen. In Berlin hat sich der Protest auch politisch organisiert. 90.000 Wähler haben dort einer Gruppierung, die sich Alternative Liste nennt, zu neun Mandaten im Abgeordnetenhaus verholfen. Hat dieser Protest eine gemeinsame Wurzel? Reicht er über den Tag hinaus? Ist er mehr als der durchaus normale Generationskonflikt? Ich glaube Ja!

Lassen Sie mich zunächst sagen, was er nicht ist. Er ist in erster Linie kein polizeiliches Problem oder ein Problem der Rechtsdurchsetzung. Natürlich gibt es auch militante und kriminelle Elemente, die sich die Bewegung zunutze zu machen versuchen. Und es gibt auch einzelne anarchistische Ansätze. Aber das sind Randerscheinungen, denen gegenüber die Staatsorgane dem Gesetz besonnen, aber entschlossen Geltung verschaffen müssen. Randerscheinungen sind auch die Versuche kommunistischer Gruppen, Einfluß zu nehmen. Diese Gruppen sind beispielsweise in Berlin schon zahlenmäßig viel zu schwach, um etwas bewegen zu können. Bei der letzten Wahl haben sich 90.000 Wähler für die AL, aber nur 8.000 von 1,5 Millionen für die SEW entschieden. Es gibt auch keine östliche Steuerung oder Verschwörung. Gewiß grämen sich die osteuropäischen Führungen nicht, wenn wir Schwierigkeiten haben. Aber eine Jugendprotestbewegung, die eines Tages auch in ihren Bereich übergreift - und es gibt schon erste Anzeichen dafür -, ist wohl das letzte, wofür sich die DDR oder gar die Sowjetunion erwärmen würden.

Das gilt ebenso für die Friedensbewegung. Sie ist mannigfaltig, in ihrer Mehrheit eher an christlichen und ethisch-moralischen Prinzipien orientiert und in ihrer Breite keineswegs einäugig, also der sowjetischen Aufrüstung gegenüber blind. Auch bei ihr spielt die kommunistische Einflußnahme keine wesentliche Rolle. Und auch bei ihr wünscht die Führung der DDR nichts weniger, als daß sie auf ihren Bereich übergreift und etwa die dort in Gang gekommene Diskussion über die Einführung eines Sozialen Dienstes als Alternative zum Wehrdienst belebt. Natürlich ist die Bewegung gegen den Doppelbeschuß. Aber das ist nicht Ausfluß einer antiamerikanischen oder gar prosowjetischen Einstellung, sondern eine Folge der abweichenden Einschätzung der Auswirkungen des Doppelbeschlusses auf den Rüstungswettlauf und die Verhandlungsbereitschaft der beiden Supermächte.

Im übrigen greifen alle formelhaften Beurteilungen der Friedensbewegung und des Jugendprotestes zu kurz. Tatsächlich versteht sich die Jugendbewegung als ein Protest gegen Wucherungen der Wohlstandsgesellschaft, gegen angebliche Sachzwänge, gegen Orientierungslosigkeit und den Verlust humaner Werte, gegen Kälte, Gleichgültigkeit und Heuchelei, und auch als Ausdruck von Ängsten, die immer stärker ins Bewußtsein der jungen Generation treten. Lassen Sie mich zu diesen Ängsten etwas sagen. Angst ist keine neue Erscheinung, erst recht keine Erscheinung, die erst in unserer Zeit aufgetreten wäre. Sie ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Dennoch stimme ich denen zu, die glauben, daß die Angst gegenwärtig im Wachsen begriffen ist. Mehr und mehr Menschen erfüllt offenbar die Sorge, der gegenwärtige Zustand könnte sich rasch zum Schlechten verändern, ja sogar Katastrophen bisher unbekanntes Ausmaßes seien nicht mehr auszuschließen. Und nicht wenige halten die Entwicklung dorthin für zwangsläufig und unbeeinflussbar wie eine Lawine, die sich schon gelöst hat und nun immer schneller zu Tal rast.

Mir erscheint diese Sorge nicht ganz unbegründet. In der Tat hat sich das Gefahrenpotential zu Lebzeiten unserer Generation in relevanter Weise vergrößert. Nicht die Gefahren als solche sind neue, auch nicht die Art des Unheils, das sie im Falle ihres Eintritts bewirken. Das ist wie eh und je Tod, Schmerz, Leiden, Hunger, Verlust an materiellen Gütern, von Kultur, an Lebensqualität. Neu ist das Ausmaß des Unheils, das gegebenenfalls über uns käme, und das in vollem Umfang zu erfassen unserer Vorstellungskraft einige Mühe bereitet:

Da ist die Zerstörungskraft der nuklearen Waffen. Der Atombombe, die am 6. August 1945 über Hiroshima explodierte, fielen binnen Minuten bereits 200.000 Menschen zum Opfer. Heute würde ein einziger nuklearer Sprengkopf mit einer Sprengkraft von einer Megatonne eine vielfache Anzahl von Menschen töten. Und es existieren mehr als 20.000 solcher nuklearer Sprengkörper. Und monatlich kommen in Ost und West neue hinzu.

Da ist weiter das vervielfachte Gefährdungspotential, das sich aus dem Fortschreiten der Naturwissenschaften und der Technik, aus dem immer weiteren Hinausschieben der Grenze zwischen dem ergibt, was der Mensch zu tun und zu bewirken fähig, und dem, was seiner Einwirkung entzogen ist. Wieder ist nicht die Gefahr als solches neu. Neu ist das Ausmaß der Folgen, die eintreten können, wenn sich die Gefahr realisiert. Das gilt für die Kernenergie, das gilt für die Elektronik. Das gilt ebenso für die Möglichkeit der Gen-Beeinflussung, um ein Beispiel zu nennen, das noch nicht ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist.

Schließlich erwähne ich noch das durch ein rapides Bevölkerungswachstum potenzierte Krisenpotential der Dritten Welt. Die Vorgänge im Iran, aber auch in Teilen Lateinamerikas und in Teilen Afrikas lassen dieses Potential in Umrissen erkennen. Abermals sind es die Größenordnungen, die über die historischen Erfahrungen hinausgehen. Das Schrumpfen der Entfernungen, die heute ja sinnvollerweise in Zeiteinheiten und nicht mehr in Kilometern gemessen werden, kommt noch hinzu.

Kann man junge Menschen, die diesen Ängsten Ausdruck geben, tadeln? Oder sie leicht hin beschwichtigen? Über den richtigen Weg, den Frieden zu erhalten und die atomare Katastrophe zu vermeiden, gibt es ja Diskussionen auch unter denen, die - wie ich und die Mehrheit meiner politischen Freunde - die Strategie des Gleichgewichts, der Abschreckung und den Doppelbeschluß bejahen. Und wenn ich es richtig sehe, findet eine solche Diskussion auch in diesem Lande statt, zum Beispiel über die Neutronenbombe.

Und wie steht es mit den Wucherungen, mit den Verabsolutierungen des ökonomischen Prinzips? Richtet sich der Protest hier gegen einen Popanz? Fehlt es ihm an Ansatzpunkten für seine Kritik?

Ich bezweifle das. Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen - ein von der Schweizerischen Regierung berufenes und wohl schon deshalb über den Verdacht modischer Tageserklärungen oder gar einseitiger Radikalität erhabenes Gremium - hat gerade dazu im November vergangenen Jahres eine bemerkenswerte Untersuchung vorgelegt und an einer Stelle unter anderem gesagt: "Gleichzeitig erleben viele Jugendliche mehr und mehr die menschlichen und ökologischen Kosten der Wohlstandsproduktion. Sie suchen Arbeit, die zur Selbstentfaltung beiträgt, in der sie aber auch einen sinnvollen Beitrag zum Allgemeinwohl sehen können, finden aber häufig nur einen 'Job', eine Möglichkeit zum Geldverdienen in beliebigem und unüberblickbarem Zusammenhang. Der von Produktion und Konsum bestimmte Lebensrhythmus erstickt die Entfaltung von Persönlichkeit und Gemeinschaft. Belastung und Verwüstung der Umwelt schließlich stehen nicht nur als abstrakte Aussicht auf ein apokalyptisches Ende am fernen Horizont, beides wird in der städtischen Lebenswelt täglich erfahren, auch wenn wir von den Verhältnissen ausländischer Millionenstädte noch entfernt sind."

Und an einer anderen Stelle heißt es:

"Nach wie vor hingegen wirkt sich vom Pluralismus das aus, was das Gefährlichste an ihm ist: Daß aus einem Gewährlassen ein Vernachlässigen wird. Man interessiert sich nicht mehr für den anderen, fühlt sich für ihn und sein Tun nicht mehr mitverantwortlich und verlangt von ihm lediglich, in Ruhe gelassen zu werden. Dies geschieht insbesondere zwischen den Generationen, sowohl innerhalb der Familie als auch in der ganzen Gesellschaft. Sprachverlust, Abbruch des Gesprächs sind Folgen einer solchen Vernachlässigung. Die weitverbreitete Isolation, zu der sie führt, wird durch die städtisch-industrielle Lebens- und Arbeitsweise noch unterstützt. Teamarbeit gibt es nur für relativ wenige, und unsere Wohn- und Baukultur ist einseitig auf Rückzug in die eigenen vier Wände aus-

gerichtet. Diese Entwicklung zur Isolation der Generationen und der einzelnen ist langfristig. Sie hat in den derzeitigen Jugendunruhen nur einmal mehr zu einem Ausbruchversuch geführt."

Wohlgemerkt - das sagen nicht radikale Sozialisten oder Ökologen oder realitätsferne Weltverbesserer. Das sagt eine offizielle Kommission der - weiß Gott - allen Abenteuerlichkeiten abgeneigten Schweiz.

Und noch ein Zeuge kann in Anspruch genommen werden, der ebenfalls nicht zu den Extremisten zählt. Papst Johannes Paul II. Er hat erst kürzlich gesagt: "Das notwendige wirtschaftliche Wachstum mit seinen ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten muß in die Perspektive einer ganzheitlichen und solidarischen Entwicklung der einzelnen Menschen und Völker einbezogen werden."

Sonst wird der Teilbereich wirtschaftlichen Wachstums so übermächtig, daß er den gesamten Bereich des menschlichen Lebens seinen partiellen Erfordernissen unterordnet, dabei den Menschen erstickt, die Gesellschaft zersetzt und schließlich in den eigenen Spannungen und Exzessen steckenbleibt."

Was folgt daraus? Darüber ist man in meinem Lande noch keineswegs einig. Manche meinen, das Ganze sei doch eher eine Sache der Polizei. Man müsse mit Härte und kompromißloser Ablehnung reagieren. Andere meinen, das laufe sich bald tot. Man müsse vielleicht etwas häufiger mit den Jungen reden. Ich glaube das nicht.

Ich glaube, daß die neuen Gedanken der Neuen Generation, daß die Fragen der Protestbewegung ernst genommen werden müssen. Ihre Antworten sind widersprüchlich, zum Teil auch unangegoren oder extrem. Aber ihre Fragen zielen auf eine Ordnung, die gerechter und menschlicher sein könnte als die, in der wir gegenwärtig leben. Auf eine Ordnung, die den Ängsten Hoffnung entgegensetzt, die aus Freiheit Möglichkeiten ungenutzt läßt, und in der Wirtschaft und Technik nicht mehr herrschen, sondern dienen. Eine Gesellschaft auch, die die Leistung des einzelnen nicht mehr nahezu ausschließlich an seiner Intelligenzleistung, an der technischen Fertigkeit und dem sozialen Durchsetzungsvermögen mißt, sondern auch menschlich wertvolle und gesellschaftlich wichtige Fähigkeiten wie Phantasie, Originalität, gesellschaftlich-politisches Verantwortungsgefühl, Kooperationsfähigkeit, moralische und soziale Empfindsamkeit berücksichtigt.

Ist das so, dann hat die Jugendbewegung nicht nur Anspruch auf Gehör. Dann hat sie auch Anspruch darauf, daß wir unsere eigene Position überdenken, daß wir Fehler zugeben und daß wir anfangen, sie zu korrigieren. Sie hat allerdings auch Anspruch auf unseren Widerspruch und unseren Widerstand, wo sie ungestüm Prinzipien in Frage stellt, die für das friedliche Zusammenleben der Generationen und auch von Mehrheiten und Minderheiten unerlässlich sind, wie etwa das Gewaltmonopol des Staates. Oder, wo sie den Bereich des Politischen verläßt und bekenntnishaft Züge annimmt. Oder dort, wo die Realitäten aus dem Blick geraten.

Täuschen wir uns nicht! Unsere Zeit geht mit Neuem schwanger. In Polen ist ein Umbruch im Gang, den wohl alle noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten hätten. Ein ideologisches Dogmengebäude ist dort vor dem Ansturm menschlicher Elementarbedürfnisse nach Freiheit, Gerechtigkeit, Identität, Solidarität und Ehrlichkeit wie eine hohle Fassade zusammengebrochen. Und das unter den Augen einer waffenstarrenden Supermacht. Unsere gemeinsame demokratische Ordnung kennt weniger dramatische und deshalb weniger riskante Wege zur Veränderung und zur Reform. Viele meiner Freunde und ich selbst wollen sie nutzen. Dabei leitet uns auch der Gedanken, den Abraham Lincoln so formuliert hat:

"Ich bin der Auffassung, daß es, solange der Mensch lebt, seine Pflicht ist; nicht nur seine eigene Lage zu verbessern, sondern bei der Besserung für alle Menschen zu helfen... Ich bin für die Wege, die den größten Vorteil für die größte Zahl ergeben."

Und dabei hat er den Vorteil sicher nicht nur quantitativ gemeint, sondern darunter im Einklang mit der amerikanischen Tradition auch Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und das Streben nach Glück verstanden.

(-/11.11.1981/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

